



Bundesverwaltungsgericht
Geschäftsstelle
7. Senat

Leipzig, 1. März 2018

Simsonplatz 1
04107 Leipzig


Az.: BVerwG 7 B 1.18

Postfach 10 08 54
04008 Leipzig

Bei allen Antworten wird um Angabe dieses Aktenzeichens gebeten.

Telefon: 0341 2007-0
Durchwahl: 0341 2007-2258
Telefax: 0341 2007-1000

Herrn
Joachim Baum
Windelsbleicher Straße 10
33647 Bielefeld

Sehr geehrter Herr Baum, 

in der Verwaltungsstreitsache

Joachim Baum
gegen
Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld

wird Ihnen die anliegende Entscheidung vom 16. Februar 2018 übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

van der Meer
Amtsrätin

beglaubigt:



Stach
(Stach)
Geschäftsstellenverwalterin

Beglaubigte Abschrift



BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

BESCHLUSS

BVerwG 7 B 1.18
OVG 15 A 2240/17

In der Verwaltungsstreitsache

des Herrn Joachim Baum,
Windelsbleicher Straße 10, 33647 Bielefeld,

Klägers, Antragstellers
und Beschwerdeführers,

g e g e n

Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld,
vertreten durch den Hauptgeschäftsführer,
Elsa-Brändström-Straße 1 - 3, 33602 Bielefeld,

Beklagte, Antragsgegnerin
und Beschwerdegegnerin,

hat der 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichts
am 16. Februar 2018
durch
den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht Prof. Dr. Korbmacher
und die Richter am Bundesverwaltungsgericht Böhmman und Dr. Löffelbein

beschlossen:



ECLI:DE:BVerwG:2018:160218B7B1.18.0

Die Beschwerde des Klägers gegen die Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 17. Oktober und 21. Dezember 2017 wird verworfen.

Der Kläger trägt die Kosten des Beschwerdeverfahrens.

Gründe:

- 1 Die Beschwerde ist unzulässig, weil Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe durch Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht nur in den Fällen angefochten werden können, die § 152 Abs. 1 VwGO anführt. Zu diesen Entscheidungen gehören die hier angefochtenen Beschlüsse nicht.
- 2 Hierauf ist der Kläger mit Schreiben vom 26. Januar 2018 hingewiesen worden. Eine Rücknahmeerklärung ist seinen Schriftsätzen vom 2. und 8. Februar 2018 nicht zu entnehmen.
- 3 Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 2 VwGO.

Prof. Dr. Korbmacher

Böhmnn

Dr. Löffelbein

Beglaubigt



als Urkundsbeamtin/Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

leak6.wordpress.com



Bundesverwaltungsgericht



Postfach 10 08 54
04008 Leipzig



Deutsche Post 

FRANKIT 0,70 EUR

05.03.18 3D10003CDO



leak6.wordpress.com